



Klare Worte für die Wasserkraft (von links) Guido Conrad, Direktor der Kraftwerke Hinterrhein AG, Regula Götte, Präsidentin der IG Kleingemeinden und Ständerat Martin Schmid.

«Vereinbarungen von 80 Jahren sind Geschichte»

Zentrales Thema der IG Kleingemeindentagung war die Wasserkraft und die Energiezukunft in Graubünden. Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft referierten zu Gunsten der Wasserkraft. Für den Kanton und einige Gemeinden in Graubünden sei diese von grosser Bedeutung und bringe jährlich 120 Millionen Franken Wasserzinsen.

■ Gion Nutegn Stgier

Die IG Kleingemeinden des Kantons Graubünden tagte wie jedes Jahr am ersten Samstag im November. Über die Bühne gegangen ist die Tagung im Saal des Grossratsgebäudes in Anwesenheit von rund 100 Vertretern der 65 Gemeinden, welche der Organisation angehören. Präsidentin der IG Kleingemeinden ist Regula Götte, die Gemeindepräsidentin von Zillis-Reischen. In ihrer Begrüßungsansprache betonte sie, wie wichtig die Wasserzinsen für die Gemeinden seien und welchen Wert die Wasserkraft für den Kanton Graubünden habe, aber vor allem für Mittelbünden.

60 Prozent Wasserkraft

Regierungsrat Mario Cavigelli ist vollen Mutes und glaubt weiterhin an die Zukunft der Wasserkraft, auch wenn die Umstände zurzeit alles andere als rosig sind für diese. Mit 60 Prozent der Energieproduktion sei die Wasserkraft in der Schweiz immer noch die Hauptenergie, sagte Cavigelli. Der Energieminister unseres Kantons meinte, die Konzessionsgemeinden hätten auch nach 2020 das Recht, von den Konzernen, welche Energie mit Wasser aus Graubünden produzieren, Wasserzinsen zu verlangen. Cavigelli machte sich für eine flexible Wasserzinsregelung stark, die beiden Seiten dienen soll.

24 Milliarden Franken für die erneuerbare Energie

Schuld, dass die Energiepreise heute unrentabel sind, sei der Energiemarkt in Deutschland, wo vor allem Energie mit Kohle erzeugt wird für einen fast lächerlichen Preis. Dazu komme, dass die Produktion von erneuerbarer Energie in unserem nördlichen Nachbarstaat jährlich mit 24 Milliarden Franken unterstützt werde, sagte Cavigelli. Davon betroffen sei der ganze Energiemarkt in Europa. In der Schweiz zahlen die Betreiber von Wasserkraftwerken jährlich eine halbe Million Franken Wasserzinsen. Davon erhalten der Kanton Graubünden und die Konzessionsgemeinden 120 Millionen Franken (je 60 Millionen Franken).

Wasserzins wird wohl angepasst

Im Rahmen der Revision des Wasserrechtsgesetzes beabsichtigen die Stromkonzerne, die Abgaben ab 2020 zu streichen oder zu kürzen. Fadri Raming, Generalsekretär der Regierungskonferenz der Gebirgskantone, sagte, bis 2019 sei der maximale Wasserzins mit 110 Franken pro Kilowatt bestimmt. Was danach geschehe, könne man zurzeit nicht sagen. Er meinte: «Vereinbarungen von 80 Jahren sind Geschichte.»

Fadri Raming ist überzeugt, dass auch nach 2020 die Kantone und die Gemeinden Wasserzinsen erhalten, jedoch werden diese wohl angepasst an die Energiepreise und ihren Markt. Die Wasserkraft sei nicht nur wegen den Wasserzinsen von grosser Bedeutung, fast so wichtig sei diese auch für die Volkswirtschaft.

Ein Verlust von einer Milliarde Franken

Guido Conrad, der Direktor der Kraftwerke Hinterrhein AG, bedauert, dass heute die Qualität der Energie nicht mehr berücksichtigt wird, sondern nur noch der Preis zählt. Die Wasserkraft sei genauso erneuerbar wie alle anderen erneuerbaren Energien, welche von allen Seiten gefördert und unterstützt werden, meinte Guido Conrad. Er sagte den Anwesenden auch, seit 1920 hätten sich die Wasserzinsen verdreifacht, die Preise für die Wasserkraft dagegen seien kontinuierlich gesunken. Zurzeit seien die Produktionskosten für die Wasserkraft höher als der Preis, welche die Produzenten für die Energie aus der Wasserkraft erhalten. Im letzten Jahr habe man schweizweit mit der Wasserkraft ein Verlust von einer Milliarde Franken erlitten. Ständerat Martin Schmid sagte, im nationalen Parlament werde man, was die Energie betreffe, kaum zu einer Lösung kommen, denn zu gross seien die Meinungen zwischen Links und Rechts.

Die Vertreter der linken Parteien wollen nur die erneuerbare Energie unterstützen (Sonne, Wind) und die Parteien der Mitte und der Rechten sind mehrheitlich gegen eine Subventionierung der Energie, und wenn ja, dann nur mit einer geringen Summe.